Persönlichkeiten wählen.

Es versteht nicht, daß die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleichgewertet werden den Stimmen der Familienernährer und der Mütter. Zur Reform des Wahlrechts gehört auch die Einschränkung der zahlreichen kleinen Splitterlisten, deren Stimmen in der Regel ausfallen. Dem Wahlrecht sollte die Wahlpflicht entsprechen. Regieren heißt nicht nur, die Forderung der Stunde erfüllen, sondern auch ein festes Ziel auf allen Gebieten des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens nachhaltig ansteuern. Jede zielbewußte Regierungspolitik ist auf die Dauer in Deutschland zum Scheitern an zwei Dingen verurteilt, an der Anonymität der Verantwortung und an dem Fehlen einer Instanz, die unabhängig von Parteieinflüssen dem Gesamtwohl schädliche Parlamentsbeschlüsse ohne schwerwiegende verfassungsmäßige Reibungen auszugleichen vermag. Man kann über das Kapitel deutscher Geschichte aus den letzten dreizehn Jahren die Überschrift setzen: „Zeitalter der anonymen Verantwortung." Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk, das unter einer furchtbaren Not leidet, bedarf einer von den Fesseln formaler Verantwortung mehr wie bisher befreiten, aber persönlich um so stärker verantwortlichen Regierung, die in einer

Ersten Kammer

einen Helfer haben muß, der sie vor den Folgen der oft durch Wahlrücksichten und Stimmungen beeinflußten Parlamentsbeschlüsse schützen und die Stabilität der Regierungspolitik zu gewährleisten vermag.

Schließlich ist noch des

inneren Umbaues des Reiches

zu gedenken. Die Erfahrung seit dem 11. August 1919 hat zur Genüge die Unhaltbarkeit des Zustandes ergeben, daß im Reich und in Preußen von verschiedenartig zusammengesetzten und gerichteten Regierungen eine verschiedene Politik auf allen Gebieten betrieben werden kann.

Das Verhältnis zwischen Reich und Preußen

muß im Sinne einer engen Gemeinschaft zwischen beiden umgestaltet werden. Das braucht keine Minderung der Selbständigkeit und Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder zu bedeuten und soll sie nicht herbeiführen. In keinem Lande Europas ist eine so mannigfaltige, oft geschichtlich gewordene Vielheit der Verhältnisse, der Menschen, ihrer Anschauungen und Gewohnheiten festzustellen wie in Deutschland. Schematisierung und Zentralisierung Deutschlands von einer Stelle aus würden sehr bald Gegenkräfte entfesseln, von denen auf die Dauer eine wesentliche Schwächung des Reiches und damit eine Minderung der Stoßkraft des deutschen Volkes in seinem schweren Kampf ums Dasein ausgehen würde. Dem Reich, als der die deutschen Länder und Stämme umfassenden staatlichen Einheit, muß das gegeben sein, was es als deutscher Gesamtstaat zur Führung seines staatlichen Lebens braucht, alles andere sollte den Ländern und Stämmen verbleiben. Um diese Schicksalsfragen kommen wir nicht herum und wollen wir uns nicht mehr herumdrücken. Über die Einzelheiten dieser Umgestaltung unserer Verfassung kann man streiten und verschiedene Wege suchen. Die Kraft zur Reform gewinnen wir nur, wenn wir von der Verantwortung vor Gott und Volk tief durchdrungen sind, die uns zwingt, das zu tun, was wir als richtig erkannt haben, und wenn wir dabei nicht nach Parteivorteilen und -nachteilen handeln, sondern nach dem Wort Bismarcks „Der Staat will bedient, nicht beherrscht werden."

Nach der Rede des Reichsinnenministers hielt

Reichskanzler von Papen

eine kurze Ansprache, in der er u. a. betonte:

Der Notwendigkeit, die Grundlage deutschen Lebens nach den Überlieferungen unseres Volkstums und einer stolzen Geschichte und doch einem jungen leidgeprüften Geschlecht angemessen zu erneuern, konnten die Gestalter unserer Verfassung vor dreizehn Jahren — als die Nation sich nach einem heroischen Kampfe ohnegleichen in der Geschichte in einem Zustand völliger Erschöpfung befand — nicht in vollem Maße gerecht werden. Aber dennoch hat diese Verfassung Grundgedanken und Möglichkeiten, die in die Zukunft weisen. Aus ihnen müssen wir das deutsche Haus neu bereiten. Diese Aufgabe steht fest umrissen vor uns. Gestalter dieser Zukunft zu sein, rufen wir heute alle auf, die Deutschland und sein Volk mehr lieben als Parteidoktrinen; alle, die das unantastbare grundgewachsene landsmannschaftliche Eigenleben der Länder gekrönt sehen wollen von der Wohlfahrt, Kraft und Stärke des einigen Reiches. Daß diese Erneuerung in brüderlichem Geiste geschehe, das fordert schon das Grundgesetz von 1919: „Das deutsche Volk — einig in seinen Stämmen." Daß es nicht nur in seinen Stämmen, sondern auch in seinen politischen Gruppierungen den Weg zur Einheit finden möge, das ist unser Wunsch und unsere Hoffnung am heutigen Tage.

Das gemeinsam gesungene Deutschlandlied beschloß die Feier.

Als Reichspräsident von Hindenburg die große Wandelhalle des Reichstages verließ, ertönten Hochrufe. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt der Reichspräsident die Front der Ehrenkompagnie ab. Nachdem das Deutschlandlied verklungen war, verließ der Reichspräsident im Kraftwagen unter Hochrufen der Menge, in die sich Rufe „Freiheit" mischten, den Platz. Ein Parademarsch vor Reichswehrminister von Schleicher und seinen Offizieren schloß die Veranstaltung vor dem Reichstagsgebäude ab. Bei der Abfahrt des Reichswehrministers wurden wieder verschiedentlich „Freiheit"-Rufe ausgebracht. Die Polizei schritt gegen die Rufenden ein und nahm einige Feststellungen vor.

Der Kelloggpakt — ein bindender Vertrag.

Herriot zu Stimsons Rede.

Ministerpräsident Herriot gab zu den Ausführungen des amerikanischen Staatssekretärs Stimson über den Briand-Kellogg-Pakt eine Erklärung ab, in der er unter anderem sagte: Frankreich glaubt seinerseits, daß es im Interesse des Friedens unmöglich ist, dem Pakt ausschließlich den Charakter einer Erklärung des guten Willens zu geben. Auch Frankreich sieht in ihm einen bindenden Vertrag. Er muß notgedrungen dahin ausgelegt werden, daß er die unterzeichneten Länder verpflichtet, und zwar ausgenommen den Fall der legitimen Verteidigung, ohne jede Einschränkung. Wir werden prüfen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um zu vermeiden, daß die Verpflichtungen des Paktes umgangen werden.

Hoovers große Programmrede. Gegen Schuldenstreichung.

Washington, 11. August. In seiner mit Spannung erwarteten großen Programmrede anläßlich der offiziellen Annahme der Präsidentschaftskandidatur sprach sich Präsident Hoover am Donnerstagabend auf der Terrasse des Weißen Hauses für unverminderte Schutzzölle und für Beibehaltung der paritätischen Zollkommissionen aus.

Bezüglich der Kriegsschulden sagte Hoover, er hoffe, daß Fortschritte in der Abrüstung die Steuerzahler in den Schuldnerländern entlasten und ihnen helfen würden, die Schulden an Amerika zu bezahlen. Er glaube, daß das amerikanische Volk eine Herabsetzung der Schulden erwägen würde, falls ihm an Stelle einer bestimmten Jahreszahlung eine angemessene Entschädigung in Form von Absatzkonzessionen, hauptsächlich für landwirtschaftliche Erzeugnisse, gewährt würden. Auf keinen Fall komme eine Streichung der Schulden oder eine Abwälzung auf die amerkanischen Steuerzahler in Betracht.

Hoover befürwortete dann, daß Armee und Marine stark genug seien, um einen fremden Einfall zu verhindern. Ihre Verteidigungsstärke müsse der anderer Nationen angemessen sein, und die Abrüstung dürfe nur unter Beibehaltung dieses angemessenen Verhältnisses erfolgen. Außerdem sprach er sich für eine stark verminderte Einwanderung aus.

Vor Auslandsanleihen für unproduktive Zwecke warnte er eindringlich. Im weiteren Verlauf streifte er den Kelloggpakt sowie das Ergebnis von Genf und erinnerte an die Durchführung des Londoner Flottenvertrages und an die Aufrechterhaltung des Friedens durch die „Hoover-Doktrin" gemäß der Rede Stimsons am Montag. Den Beitritt Amerikas zum Haager Schiedsgerichtshof unter Wahrung der amerikanischen Handlungsfreiheit befürwortete er. Zum Schluß bekannte er sich zu einer Beibehaltung der Prohibition, befürwortete aber in Uebereinstimmung mit dem Chikagoer Parteiprogramm eine Abstimmung in den Einzelstaaten.

Noch keine Entscheidung.

Reichsregierung und Zentrum.

Die Haltung des Zentrums.

Reichskanzler von Papen empfing die Vertreter des Zentrums, den stellvertretenden Parteivorsitzenden Joos und den württembergischen Staatspräsidenten Bolz, in der Reichskanzlei zu einer etwa einstündigen Aussprache.

Über die Stellungnahme der Vertreter des Zentrums wird aus Zentrumskreisen mitgeteilt: Die Zentrumsabgeordneten knüpften in der Darstellung ihrer Auffassung über die gegenwärtige Lage an die Forderung an, die seinerzeit nach dem Sturz des Kabinetts Brüning der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, beim Reichspräsidenten erhoben hat: Die sogenannte Totallösung, das heißt die volle verantwortliche Einbeziehung der damaligen Opposition in die Reichsregierung. Nach Ansicht des Zentrums ergebe sich die Notwendigkeit eines solchen Einbaues in Konsequenz des Ergebnisses der letzten Reichstagswahl von selbst.

Das Zentrum müsse absolut klare Verantwortlichkeit verlangen. Dazu gehöre die offene und volle Mitverantwortung der nationalsozialistischen Partei. Es sei selbstverständlich, daß dabei die strikte Einhaltung verfassungsmäßiger Wege und Methoden gewährleistet und die neue Reichsregierung die loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung wollen und pflegen müsse. Alles andere führe notwendigerweise auf Abwege und zu Experimenten, die mit der Verfassung nicht mehr zu vereinbaren seien.

In solchem Zusammenhang sehe die Zentrumspartei auch die gegen die frühere preußische Regierung ergriffenen Maßnahmen der Reichsregierung, und sie müsse es ablehnen, für die Folgen auch nur nachträglich die Verantwortung zu übernehmen.

Allein aus dieser Betrachtung ergebe sich bereits die Unmöglichkeit einer weiteren Existenz des gegenwärtigen Reichskabinetts, da ihm die Grundlagen und Voraussetzungen zu einer vertrauensvollen, gesicherten und erfolgversprechenden Arbeit durchaus fehlten. Die Zentrumspartei werde sich positiv verhalten. jeder Lösung gegenüber, die unter Ausschluß jeder Parteidiktatur den beiden Grundgedanken der klaren Verantwortlichkeit und des verfassungsmäßigen Weges entspreche.

*

Von zuständiger Stelle lehnte man eine Stellungnahme zu der Auslassung von Zentrumsseite über den Verlauf der Unterredung des Reichskanzlers mit den Zentrumsführern ab. In unterrichteten Kreisen erklärt man jedoch — falls es einer solchen erneuten Erklärung überhaupt noch bedürfte — daß der hier zum Ausdruck kommende Standpunkt der tatsächlichen innerpolitischen Lage in keiner Weise gerecht werde. Sie laufe demzufolge auch der einzig möglichen Folgerung einer von den Parteien unabhängigen Regierung, die der Reichspräsident aus dieser Situation gezogen habe, stracks zuwider.

Was Preußen angehe,

so sei es nicht nur das Recht, sondern die verfassungsmäßige Pflicht des Preußischen Landtages, einen Ministerpräsidenten zu wählen und in dem Augenblick, in dem diese Wahl erfolgt sei, sei die Verantwortlichkeit des Reichskommissars für Preußen automatisch beendet.

Was das Reich angehe,

so verlange die innerpolitische Lage gerade im Hinblick auf das Ergebnis der Reichstagswahlen gebieterisch die Führung durch eine von der verfassungsmäßigen Initiative des Reichspräsidenten eingesetzten Reichsregierung, und es sei Sache der Parteien, ob sie im Reichstage mit dieser Regierung zusammenarbeiten wollen oder nicht.

*

Der „Tag" zur Frage der Kabinettsumbildung.

Berlin, 11. August. Zur Frage der Kabinettsumbildung bringt der „Tag" in besonderer Aufmachung folgende Stellungnahme:

Die eherne Grundlage aller Ordnung und alles Seins ist die Staatsautorität. Ihren Zusammenbruch nennt man Revolution. Das Kabinett von Papen — von Schleicher ist mit dem Anspruche aufgetreten, unabhängig vom Parlament das Bedürfnis der Staatsautorität zu vertreten. Das Kabinett beruht auf dem Gedanken, daß es neben der Macht der Gewählten, neben der Zahl noch einen anderen Machtfaktor in Deutschland gäbe.

Wenn das gegenwärtige Kabinett — oder die Mächte, die es gebildet haben — diese seine scharfbetonte Grundlage jetzt fallen lassen sollte, so ist die Staatsautorität in Deutschland abermals gebrochen, das heißt, es vollzieht sich eine Revolution. Es dankt jemand ab. Ist dies der Staat von Weimar, der selbst eigentlich nie eine wirkliche Staatsautorität erlangen konnte? Oder ist es nicht vielmehr der Rest wirklicher Staatsautorität, der sozusagen immanent noch in den deutschen Herzen und in dem verbliebenen Knochengerüst deutscher Ordnung lebte? Das ist dann eine Frage unsicherer Zukunft. Aber jede ruhige volkspsychologische Berechnung spricht für die letztere Wahrscheinlichkeit. Nichts ist in gewissen Zeiten gefährlicher als das Beschwören des Geistes der Staatsautorität, wenn nicht der entsprechende Wille dahinter steht, der für die Durchführung des eingeleiteten Spiels sorgt.

Ungeheuerste nationale Möglichkeiten sind unter Brüning durch Fernhalten der nationalen Kräfte von der Macht verpaßt worden. Jetzt hat man einen Zustand entstehen lassen, in dem die Begriffe Staatsautorität und nationaler Parteigeist sich gegenüberstehen.

Es ist sehr schwer, noch einen Weg zu finden, der nicht entweder den Rest des Staatsgefüges oder die nationale Bewegung und damit gleichfalls den Kern deutscher Zukunft gefährdet. Es ist wieder einmal ein Augenblick der Weltgeschichte gekommen, in dem schwerste Entscheidungen in der Hand weniger Menschen liegen. Zweideutigkeit oder Leichtsinn wäre in solchen Augenblicken Verbrechen. Darum muß deutlich gesagt werden: Wer den Begriff Staatsautorität verpfändet und damit aufs Spiel gesetzt hat, muß den Weg finden, ihn zu wahren, auch wenn es schwer ist.

Die Ratschläge des Zentrums, das die Hauptschuld an der gegenwärtigen Lage trägt, entspringen sicherlich weder dem Bedürfnisse, dem Staate noch der nationalen Bewegung zu helfen. Sie weisen im allgemeinen heute den Weg, den man nicht gehen darf.

Berliner Blätter zu den Zentrumsvorschlägen.

Berlin, 12. August. Zu der Initiative des Zentrums in der Frage der Regierungsumbildung nehmen nur wenige Blätter ausführlich Stellung. Der „Lokalanzeiger" sagt, dadurch sei eindeutig gemacht, daß das Zentrum den Gedanken eines unparlamentarischen Präsidialkabinetts zu sabotieren versuche, und statt dessen den Rückfall in parlamentarische Koalitionsmethoden wünsche. Die „Germania" weist auf die Verlautbarung aus unterrichteten Kreisen hin, in der gesagt wird, daß die Reichsregierung auch künftighin von den Parteien und dem Parlament unabhängig sein müsse und meint, daß diese Formulierung zumindest in der geforderten Unabhängigkeit vom Parlament mit dem klaren Sinn und den Grundbestimmungen der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sei. Von dieser Formulierung stecke jedenfalls die konsequente Haltung der Zentrumspartei wohltuend ab. Die „Börsenzeitung" spricht von gefährlichen Zentrumsplänen, in den „Mitteilungen der D.N.-V.P." schreibt der Leiter der Deutschnationalen Pressestelle Brosius, das Zentrum wolle nur die Nationalsozialisten in die volle Verantwortung mit beschränkten Wirkungsmöglichkeiten bringen, um sie und ihre in der Staatsführung unerfahrenen Führer in dieser Situation zu verbrauchen. Aus der Sorge um die Zukunft der nationalen Bewegung müsse man sich vor diesem Zentrumsspiel hüten. Das „Berliner Tageblatt" spricht von einem klaren Kurs des Zentrums und sagt, die Erklärungen würden bei der weiteren Erörterung der Regierungsbildung stark ins Gewicht fallen, da ohne die Stimme des Zentrums keine Regierung verfassungsmäßig existieren könne.

Die Kölnische Volkszeitung zur Regierungsbildung.

Köln am Rhein, 11. August. Unter der Ueberschrift „Das Gebot" schreibt die „Kölnische Volkszeitung" zu der bevorstehenden Regierungsbildung u. a.: Die Nationalsozialisten müssen an die Verantwortung, sie dürfen nicht entweichen. Alle Handlungen der nächsten Tage müssen unter dem Gesichtswinkel vollzogen werden, daß die Nationalsozialisten auf Grund des Wahlergebnisses zur Verantwortung herangezogen werden, und es ist nur billig, daß sie in einer verfassungsmäßigen Regierung nach Maßgabe ihrer Mandatstärke vertreten sind. Die stärkste Partei braucht dabei nicht den Kanzler zu stellen, wie noch zuletzt bei Brüning der Fall gewesen. Vor allem aber ist notwendig, daß man die Nationalsozialisten an die Ministerien läßt, bei denen sie am ehesten den Nachweis ihrer Befähigung in den Dingen erbringen können, die zu bessern sie so aufdringlich versprochen haben. Man sollte also nicht zögern, ihnen vor allem das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium zu geben.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 12. August 1932.

Merkblatt für den 13. August.

Sonnenaufgang	4^{44}	Mondaufgang	18^{33}
Sonnenuntergang	19^{27}	Monduntergang	0^{08}

1802: Dichter Nikolaus Lenau geb. — 1872: Chemiker Richard Willstätter geb.

Verschärfung der Einwanderungsvorschriften. Nicht nur in Europa und Amerika, sondern auch in Afrika werden die Einreisevorschriften ständig verschärft. So hat die Mandatsverwaltung von Südwestafrika erklärt, daß fortan nicht mehr die Bürgschaftserklärung eines dort Ansässigen für die Einwanderer genüge, sondern daß der Neueinwanderer auf jeden Fall 40 Pfund (zirka 800 RM.) hinterlegen müsse. Wie uns der Evangelische Hauptverein, Beratungsstelle für Auswanderer, Berlin Monbijouplatz 10, weiterhin mitteilt, müssen nach einer Verordnung vom 6. April 1932 nichtportugiesische Einwanderer, die in Angola irgendeine Beschäftigung suchen, vorher durch einen amtlich beglaubigten Vertrag nachweisen, daß sie dort eine gesicherte Stellung antreten. — Personen, die sich in Angola niederlassen wollen, dürfen nur dann anreisen, wenn sie vorher auf einer Bank in Angola ein Kapital von 500 Goldpfunden (= 10 000 RM.) oder den Gegenwert in Angolares deponiert haben. Jeder Einwanderer hat außerdem bei der Landung ein Depot von 40 Papierpfunden (augenblicklich 600 RM.) zu hinterlegen. Für Angehörige, Frauen und Kinder, werden pro Person 20 Pfund gefordert. Die Rückzahlung die-

Jederzeit

kann mit dem Bezug auf das „Wilsdruffer Tageblatt" begonnen werden. Bestellungen nehmen fortlaufend unsere Zeitungsboten in Stadt und Land, sowie die Geschäftsstelle entgegen.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF